

KOMMENTARE

Nach der Rendite der Ruin

Nicolas Šustr über die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen

Pardon wird nicht gegeben bei den Macherinnen und Machern des Berliner Volksbegehrens Deutsche Wohnen & Co enteignen. Deren am Montag vorgestellter Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes für Bestände renditeorientierter Konzerne mit mindestens 3000 Wohnungen in Berlin gibt eine Minimalentschädigung von rund 40 000 Euro pro Wohnung vor. Nicht mal ein Viertel des bei Paketverkäufen derzeit üblichen Preises von über 160 000 Euro pro 65-Quadratmeter-Wohnung. Das ist in den Augen der Initiative das Ergebnis der vom Grundgesetz vorgegebenen »gerechten Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten«.

Angesichts der irren Preissteigerungen der letzten Jahrzehnte scheint diese Summe fast utopisch niedrig zu sein. Doch darf man nicht vergessen, dass im Jahr 2004 der Berliner Senat die fast 66 000 Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft GSW für nicht einmal 30 000 Euro pro Stück verschleudert hatte. Selbst wenn die Entschädigungssumme in politischen Prozessen noch steigen sollte, kann man der Enteignungsinitiative nicht vorwerfen, den klassischen Fehler der SPD gemacht zu haben, bereits mit einem Kompromiss in die Verhandlungen gegangen zu sein. Der radikale Wohnungsmarkt braucht radikale Maßnahmen.

PERSONALIE



FOTO: DPA/INNS SCHULZE

Historische Verjüngungskur

Anna-Nicole Heinrich ist mit 25 Jahren Präses der EKD-Synode

MARKUS DRESCHER

Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland haben seit Jahrzehnten mit einem kontinuierlichen Mitglieder-schwund zu kämpfen. Dabei sank allein der Anteil der Protestanten unter der Bevölkerung Deutschlands zwischen 1956 und 2019 von 50,1 auf 24,9 Prozent. Laut Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) gibt es derzeit 21,1 Millionen evangelische Christ*innen in rund 13 500 Kirchengemeinden.

Den Rückgang der Kirchenmitglieder und den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust zu stoppen, oder zumindest zu verlangsamen – an dieser ebenso zentralen wie schwierigen Aufgabe wirkt künftig auch die 25-jährige Anna-Nicole Heinrich mit. Als jüngste Präses der Synode der EKD in der Geschichte, steht die am Wochenende überraschend aber deutlich Gewählte nun einem der drei Leitungsorgane der EKD vor, das unter anderem für den Haushalt der Kirche und die Kirchengesetze verantwortlich ist.

Dabei bringt die Philosophiestudentin, die über den Religionsunterricht den Weg in die evangelische Kirche fand, Erfahrung in Kirchengremien mit. So war Heinrich bereits stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend und Jugenddelegierte in der vorhergehenden Synode.

Heinrich möchte in ihrem Amt auf die Menschen zugehen, für »eine hoffnungsvolle, integrierende und pragmatische Kirche, die sich immer wieder neu entdeckt« stehen und forderte nach ihrer Wahl auch die Synode auf, sich »raus aus der Bubble« zu bewegen. Dabei weiß sie aber auch, dass ihr Wirken begleitet sein wird »von Sparmaßnahmen, Rückbau und Umbau«. Tatsächlich stehen schon bei der Herbsttagung der Synode im November knifflige Haushaltsberatungen an, wenn zu planen ist, wo – wie bereits seit längerem beschlossen – bis zum Jahr 2030 rund 17 Millionen Euro eingespart werden sollen.

IMPRESSUM

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1610 Internet www.nd-online.de, E-Mail redaktion@nd-online.de, leserbriefe@nd-online.de Geschäftsführer Dr. Matthias Schindler (-1711, Fax -1610) Verlags- und Anzeigenleitung Olaf Koppe (-1611, Fax -1610) Redaktionsleitung Wolfgang Hübner (V.i.S.d.P. -1713), Uwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714), Regina Stötzel (-1712), Martin Kröger (-1746), Ines Wallrodt (-1785), Corinna Meisenbach (Leitung Online Content -1820) Ressorts Christian Klemm (ndAktuell -1786), Jana Frielinghaus, Aert van Riel (Politik -1783, -1755), Christof Meueler (Feuilleton -1764), Marie Frank, Martin Kröger (Hauptstadregion -1741, -1746), Jirka Grahl (Sport -1727), Frank Schirmeister (Herstellung -1825), Regina Stötzel (nd.DieWoche -1712), Jürgen Holz, Peter Kollweh (Ratgeber -1772, -1773), ratgeber@nd-online.de Vertrieb/Aboservice aboservice@nd-online.de (-1800, Fax -1630) Anzeigen Geschäftskunden Sabine Weigelt (-1842), Heidrun Kramm (-1845, Fax -1840), anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 01. Januar 2021. Private Kleinanzeigen privatanzeigen@nd-online.de (-1844, Fax -1840) Leser*innenreisen Frank Diekert (-1620, Fax -1650), leserreisen@nd-online.de nd-Shop Sabine Fielow (-1777), Mario Pschera (-1623/-1654, Fax -1650), shop@nd-online.de, Verkauf im Lesecafé »Babette« Verlagsorganisation Rainer Genge (-1685), r.genge@nd-online.de Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, www.presse-monitor.de Bankkonto Berliner Volksbank, Konto-Nr. 713 416 00 09, BLZ 100 900 00, IBAN DE11 1009 0000 7134 1600 09, SWIFT (BIC) BEVODEBB Monatlicher Abonnementspreis: 52,00 €; ermäßigtes Abo 30,00 €; Soli-Abo 62,00 €; ePaper-Abo 28,00 €; Kombi-Abo (ePaper+nd.DieWoche) 42,00 €; weitere Abo-Möglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

Zum Abschluss freigegeben

Peter Steiniger über staatlichen Segen für Polizeimassaker in Brasilien

Sie gehen nach der Methode vor: Gefangene werden nicht gemacht. In Brasilien existiert keine Todesstrafe, doch außerhalb des Rechts wird sie regelmäßig und exzessiv angewandt. Sie trifft vor allem junge Afrobrasilianer aus den Favelas, die im Drogenkrieg von einer militärisch hochgerüsteten Polizei a priori als zu eliminierende Feinde behandelt werden. Der Überfall am vergangenen Donnerstag auf das Armenviertel Jacarezinho im Norden von Rio de Janeiro folgte diesem Muster. Mit 29 Toten, darunter ein Polizist, war es eine der tödlichsten Operationen in dem Bundesstaat.

Das Oberste Gericht hatte solche Aktionen in Rio während der Pandemie untersagt. Deckung erhalten die uniformierten Killer von Interimsgouverneur Cláudio Castro, der den der Korruption verdächtigten Wilson Witzel vertritt. Am Tag vor dem Einsatz hatte Castro Staatschef Jair Bolsonaro getroffen. Der predigt die Kultur der Gewalt, will »Banditen« tot sehen. Gemeint sind nicht die Gauner in bester Wohnlage. Schon gar nicht seine Kumpel bei Rios kriminellen Milizen. Auf Twitter sandte der Präsident jetzt Glückwünsche zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Rios Polizei. Linke und Medien würden Dealer mit dem braven Bürger gleichsetzen, der »das Gesetz und seinen Nächsten respektiert«. Die Lizenz zum Töten gilt.

Nur Leuchttürme reichen nicht

Stefan Otto zweifelt an den geplanten Nachhilfeprogrammen

Ein Bildungssystem, das über viele Jahre auf Kante genäht ist, hat es natürlich schwer, die Folgen der Coronakrise zu meistern. Insbesondere für das Aufholen der Lernrückstände, die etwa bei jedem vierten Schüler gravierend sind, gibt es bislang kaum schlüssige Konzepte. Zwar hat die Bundesregierung eine Milliarde Euro für Nachhilfeprogramme bereitgestellt, doch ist bislang nicht klar, wie die umgesetzt werden. Der Kinderschutzbund hat jetzt dringend an Bund, Länder, Gemeinden und freie Träger appelliert, schon für die Sommerferien Programme auf die Beine zu stellen. Nach mehr als einem Jahr Ausnahmezustand an den Schulen kann damit nicht früh genug angefangen werden.

Zweifellos wird mit der Nachhilfe Neuland betreten. Eigentlich reicht es nicht aus, nur in Mathe oder Deutsch zu fördern. Unklar ist zudem, wer die Gruppen leiten soll. Bei einem Modellprojekt coachen Studierende die Kinder. Das mag in den Städten funktionieren, aber nicht auf dem Land. Viele Lehrer glauben ohnehin, dass Pädagogen aus dem Schullalltag dafür am besten geeignet wären; denen wird aber die Zeit fehlen. Momentan gibt es viele Fragen, und es bleibt zu befürchten, dass die Förderprogramme nicht alle erreichen werden und damit lediglich Leuchtturmprojekte wären.

IHRE MEINUNG

Mehr als beschämend

Zu »Zweierlei Maß beim Gedenken«, 6.5., S. 1

Nicht nur der Hinweis auf die Finanzierung des Deutsch-Russischen Museums ist unverschämte. Kaum andere Länder haben mehr Erinnerungsgedenken verdient als Russland und die vom mörderischen Überfall betroffenen anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Das Verhalten der BRD gegenüber Russland, dass es keine staatliche Gedenkveranstaltung aus Anlass des Überfalls auf die Sowjetunion vor 80 Jahren geben wird – auch das ist für mich ein Zeichen rechten Denkens.

Joachim Kirmis, Magdeburg

Was ist das für ein Argument?

Zu »Einstieg in den Ausstieg«, 7.5., S. 1; online: dasND.de/1151687

Es ist gut, dass jetzt darüber geredet wird, wie man den Geimpften das Leben erleichtern kann. Andere müssen leider noch warten – aber das wird doch nur für einen überschaubaren Zeitraum so sein. Der niedersächsische Ministerpräsident Weil sagte, die Nicht-Geimpften würden sich dann fragen, weshalb sie benachteiligt würden, obwohl sie doch nichts falsch gemacht hätten. Was ist das denn für ein Argument? Dann könnten ja beispielsweise auch Jugendliche fragen, warum sie nicht Auto fahren dürfen – sie haben ja auch nichts falsch gemacht.

Daniela Wegner, per E-Mail

Der Wald hat keine Lobby

Zu »Knappes Holz«, 5.5., S. 15; dasND.de/1151618

Wir als kleine Handwerker stehen dem Kunden gegenüber, der die Hintergründe und Folgen dieser Marktsituation nicht durchschaut. Die Brisanz einer solchen sozialen und ökologischen Krise ist in dem Artikel nicht erkennbar – untypisch für das »nd«. Nicht nur die Existenz einiger Handwerksbetriebe ist in Gefahr, sondern Tausender Arbeitsplätze im Handwerk und der Zulieferbranche. Exorbitante Profite an einem Ende. Ausbeutung der Natur und Arbeitslosigkeit auf Kosten der Gesellschaft am anderen. Der Handwerker in Deutschland hat keine Lobby wie die Autoindustrie. Aber auch wir sind systemrelevant – und wie andere systemrelevante Berufe alleingelassen. Die Erwähnung der deutschen Forstwirtschaft als Vorreiterin der Nachhaltigkeit ist fragwürdig. Waldexperten warnen seit Langem vor einer ökologischen Katastrophe im deutschen (europäischen) Forst, denn die Schadholzproblematik ist hausgemacht. Wald ist systemrelevant, hat aber keine Lobby.

Toralf Köhn, Wandlitz/Klosterfelde

Ein ganzes Land sollte büßen

Zu »Ohne Erkenntnisgewinn«, Leserbrief U. Clauß, 5.5., S. 10

Die Meinungen über den Einsatz der Sowjetunion in Afghanistan sind unterschiedlich. Auf jeden Fall wurden die sowjetischen Truppen von der regulären Regierung ins Land gerufen, anders als später die US-Army. Ein ganzes Land sollte dafür büßen, dass der Saudi Osama bin Laden aus Afghanistan den Einsatzbefehl für die Terrorflüge 2001 gegeben haben soll. Tatsächlich waren mit der Aggression der USA ganz andere, strategische Ziele verbunden.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen vor.



ZEICHNUNG: MIRIAM WURSTER

KOLUMNE

Ein Trauerspiel ohne Ende

Schon Theodor Fontane wusste, dass für fremde Großmächte in Afghanistan nichts zu gewinnen ist – die gleichen Fehler werden dort aber immer wieder begangen, konstatiert Rainer Werning.

Der frühere deutsche Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) verkündete am 4. Dezember 2002: »Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.« Knapp zwei Jahrzehnte später (!) erklärt seine Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer von der CDU in einem am 25. April 2021 im Deutschlandfunk ausgestrahlten Interview, die Bundeswehr müsse vor ihrem Abzug aus Afghanistan die »eigenen Kräfte zur Eigensicherung massiv verstärken«. Eine Logik, die sich wohl nur Kommissköpfen erschließt. Wie »viel« am Hindukusch errungen wurde, zeigt sich daran, dass die Bundesregierung zuletzt am 22. April deutsche Staatsbürger in Afghanistan vor »erheblichen Gefahren« warnte und aufforderte, das Land zu verlassen. Eine Warnung, die selbstredend nicht für dessen Bevölkerung gilt.

Hätte man da doch in diesem Lande lieber auf dessen einst vielgerühmte Denker und Dichter gehört. Wie beispielsweise auf Theodor Fontane, der bereits nach dem ersten anglo-afghanischen Krieg im Frühjahr 1842 eine aufrüttelnde Ballade mit dem Titel »Das Trauerspiel von Afghanistan« verfasste. Darin lauten zwei Strophen wie folgt: »Zersprengt ist unser ganzes Heer, was lebt, irrt draußen in Nacht umher, mir hat ein Gott die Rettung gegönnt, seht zu, ob den

Rest ihr retten könnt.« Und: »Die hören sollen, sie hören nicht mehr, vernichtet ist das ganze Heer, mit dreizehntausend der Zug begann, einer kam heim aus Afghanistan.«

Zu des Dichters Fontane Zeit ging es um das »Great Game«, das »Große Spiel«, in dem Briten und Russen um die Vormachtstellung in Zentralasien rangen. Mit katastrophalen Folgen für die Engländer, von denen einzig ein junger Militärarzt dem Gemetzel entging. Nicht besser erging es eineinhalb Jahrhunderte später den Truppen der einst mächtigen Sowjetunion. Diese mussten sich Mitte Februar 1989 nach einem Jahrzehnt



Rainer Werning ist Politikwissenschaftler und Publizist mit Schwerpunkt Asien.

FOTO: PRIVAT

bitterer militärischer Rückschläge aus Afghanistan schmachlich zurückziehen. Davon wusste der letzte Kommandeur der Roten Armee, Generalleutnant Boris W. Gromow, ein bitteres Lied zu singen.

Die längste Kriegführung unter US-Oberkommando hat letztlich demonstriert, dass am Hindukusch – von Irak, Syrien, Libyen und Jemen ganz zu schweigen – durch zig sogenannte »Kollateralschäden« erst jene »Brutstätten des Terror (ismu)« genährt wurden, die es eigentlich zu bekämpfen galt. Entgegen der irrigen Annahme westlicher Militärstrategen war und ist Afghanistan

kein homogener, intakter Zentralstaat, sondern Hort einer kaum überschaubaren Vielzahl von – sich mitunter heftig befehdenden – Clans. Deren Führer entpuppten sich bestenfalls als Stammesführer, schlimmstenfalls als drakonische Warlords.

»Wir haben uns schrecklich geirrt. Und wir sind künftigen Generationen eine Erklärung schuldig, warum das so war«, notierte Robert S. McNamara, der auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges als US-Verteidigungsminister fungierte, in seinen Memoiren. Daraus hätte man durchaus Lehren ziehen können, so man es denn gewollt hätte. Doch die wurden mitnichten gezogen. Laut dem US-amerikanischen Watson Institute for International and Public Affairs der Brown University in Providence, Rhode Island, gaben die USA bis dato 2,261 Billionen (sic!) US-Dollar allein für die Kriegführung in Afghanistan aus. Über 20 Millionen Afghanen, Iraker, Pakistanis und Syrer leben als Kriegs- und Binnenflüchtlinge in Notunterkünften.

Wer über Asylsuchende aus diesen Ländern redet, darf über die langjährige Kriegführung gegen ihre Länder nicht schweigen. Und wer dem Militärischen allzu lange Vorrang vor dem Politischen und der Diplomatie einräumte, muss sich bei der Ernte über Körbe fauler Früchte nicht wundern. Ohne den aktiven Einbezug der jeweiligen Zivilgesellschaften und sämtlicher Protagonisten vor Ort sind Frieden und Stabilität nicht realisierbar. Interne Probleme eines Landes bleiben durch ausländische Bomben, Kanonen und Drohnen erst recht unlösbar. Eine Botschaft, die von Bellizisten unterschiedlicher Couleur immer wieder über den Haufen geworfen und stattdessen steifströmend für vermeintlich unabdingbare »humanitäre Interventionen« appelliert wird.